

A. c) Mitteilungen



Pressemitteilung

01) Altersarmut bei Spätaussiedlern und Kulturerhalt Themen auf Bundesversammlung

Bund der Vertriebenen fasst Entschlüsse

Auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 30. November 2018 haben die versammelten Vertreter der Landsmannschaften und Landesverbände mit Entschlüsse gefordert, einerseits die Alterssicherung bei Spätaussiedlern zu verbessern und andererseits den partizipativen Ansatz in der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) weiter zu stärken.

Der mit hervorragender Mehrheit wiedergewählte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius erklärte dazu:

„Ich freue mich, dass die Bundesversammlung sich erneut so klar zu den Anliegen unserer Spätaussiedler bekannt hat. Altersarmut ist eines unserer drängendsten sozialen Probleme – und wird im Fall der Spätaussiedler ganz klar durch rechtliche Benachteiligungen verursacht. Dies wollen wir ändern.

In der Kulturarbeit sehen wir mit der Kulturkonzeption und den Aussagen im Koalitionsvertrag positive Zeichen. Hier gilt es nun, den partizipativen Ansatz auszuweiten und eine sichere, auch in finanzieller Hinsicht zukunftsfähige Basis für die konkrete Arbeit der Kulturträger und ihrer Organisationen zu schaffen.“

Die folgenden Entschlüsse werden Schwerpunkte der Arbeit des BdV in der nunmehr begonnenen Wahlperiode sein.

Entschlüsse der BdV-Bundesversammlung vom 30. November 2018:

Altersarmut bei Spätaussiedlern abmildern – Lebensarbeitsleistung anerkennen

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung erneut auf, das Altersarmutsrisiko bei Spätaussiedlern mit geeigneten Maßnahmen abzumildern und somit die bestehende Generationenungerechtigkeit im Rentenrecht für diesen Personenkreis zu beseitigen.



Nach wie vor blickt die Bundesversammlung mit Besorgnis auf das gesamtgesellschaftlich ansteigende Risiko der Altersarmut. Zwar hat die Bundesregierung in diesem Jahr ein Rentenpaket beschlossen. Unverständlich ist jedoch, dass der Personenkreis der Spätaussiedler in diesem Gesetz keine Berücksichtigung und deren Lebensarbeitsleistung keine Anerkennung gefunden hat.

In den 1990er Jahren wurden einseitige, diesen Personenkreis benachteiligende Rentenkürzungen vorgenommen. So erfolgten 1996 etwa eine pauschale Kürzung der durch Beitragszahlung vor dem Zuzug erworbenen Anwartschaften im Sinne des Fremdrentengesetzes (FRG) um 40 Prozent und zusätzlich eine leistungsunabhängige Deckelung der Entgeltpunkte auf einen Betrag unterhalb der Armutsgrenze. Erschwerend wirkt zudem, dass schon seit 1993 Ehegatten und Abkömmlinge nicht mehr zum FRG-berechtigten Personenkreis gehören. Dadurch führt eine allein auf FRG-Zeiten basierende Alterssicherung Familien deutscher Spätaussiedler zwangsläufig in die Altersarmut.

Die derzeitigen Regelungen werden in keiner Weise der Lebensarbeitsleistung und dem Schicksal der Betroffenen gerecht, denen es erst Anfang der 1990er Jahre überhaupt möglich war, in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen. Deren Familienstrukturen tragen seit Jahren dazu bei, die gesetzliche Rente in unserem Land zu stützen. Die Zahlen unseres umlagefinanzierten Rentensystems zeigen, dass eine besonders leistungsfähige Nachwuchsgeneration aus den Familien der Spätaussiedler Überschüsse in die Rentenkasse einzahlt, der Elterngeneration aber die korrespondierenden Auszahlungen pauschal gekürzt werden.

Dem kann z.B. mit folgenden Maßnahmen begegnet werden:

- *Anhebung der anrechenbaren FRG-Entgeltpunkte sowohl bei Alleinstehenden als auch bei Verheirateten,*
- *Aufhebung der pauschalen Kürzung der FRG-Rente um 40 Prozent,*
- *Abbau bürokratischer Hürden und finanzieller Belastungen beim Rentenbezug aus dem Ausland,*
- *Verlängerung der Erklärungsfrist für Kindererziehungszeiten.*

Im Bundesrat hat es bereits mehrfach Initiativen zu diesem Thema gegeben, zuletzt in diesem Jahr vonseiten des Freistaates Bayern. Wir ermutigen hiermit sämtliche Bundesländer, diese Initiativen aufzugreifen.

Gerade vor dem Hintergrund des 65. Jubiläums des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) muss es für die Bundesregierung jetzt Zeit sein zu handeln, um somit Solidarität mit den Spätaussiedlern zu zeigen. Bis heute leidet dieser Teil der deutschen Bevölkerung in besonderer Weise unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges. Eine angemessene Alterssicherung, auch im Sinne des sozialen Friedens, ist nötig.

Kulturarbeit nach § 96 BVFG und partizipativen Ansatz in der Förderung weiter stärken

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung auf, die Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) und insbesondere den partizipativen Ansatz in der Förderung im Hinblick auf die deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und ihre Verbände bzw. die deutschen Volksgruppen in ihren Heimatgebieten weiter zu stärken.



Seite 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 741 vom 06.12.2018

Wir begrüßen, dass im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD hierzu deutliche Aussagen enthalten sind. Diese greifen den partizipativen Ansatz auf, der bereits in der „Weiterentwicklung der Konzeption zur Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes“ aus dem Jahr 2016 sichtbar wird.

Die Koalitionspartner bezeichnen das kulturelle Erbe der Deutschen in Mittel- und Osteuropa und das Kulturgut der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler als „wichtige Bestandteile der kulturellen Identität Deutschlands“. Sie wollen die im gesetzlichen Auftrag tätigen Institutionen, aber auch die Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten als konkrete Träger dieses Erbes im Kulturerhalt „ertüchtigen“. Ausdrücklich wollen die Regierungsparteien die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in ihrer Arbeit stärken.

All dies sind positive Zeichen, in die sich auch die langsam, aber stetig steigenden, regulären jährlichen Haushaltsmittel in diesem Bereich einreihen.

Um den erklärten Willen aus dem Koalitionsvertrag in die Praxis umzusetzen, muss aber der partizipative Ansatz weiter ausgebaut werden. Es gilt, für die Kulturträger und ihre Organisationen – Landsmannschaften, BdV-Landesverbände und insbesondere die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – baldmöglichst eine sichere und zukunftsfähige finanzielle Basis zu schaffen. Dazu kann auch eine direkte Zuordnung der Kulturreferenten zu den Landsmannschaften beitragen.

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen oder Rückfragen zum Text haben, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.

BdV – Bund der Vertriebenen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressekontakt: Marc-Pawel Halatsch

Pressestelle Berlin
Pressehaus 4204
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 5858 443-50
Fax: +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail: presse@bdvbund.de
Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Bundesgeschäftsstelle Bonn
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Tel.: +49 (0)228 81007-28 (Pressestelle)
Fax: +49 (0)228 81007-52

Unterstützen Sie die Anliegen des Bundes der Vertriebenen durch eine Spende an die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Spendenkonto Deutsche Bank, Kontonummer 3 17 17 17, Bankleitzahl 380 700 24, IBAN DE76 3807 0024 0317 1717 00, BIC DEUTDE3308380. Informationen zum ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN finden Sie unter www.z-g-v.de.





Westpreußisches Landesmuseum

Klosterstraße 21
48231 Warendorf

Telefon: 02581 92 777-0

Fax: 02581 92 777-14

02) Stiftung eines Gemäldes von Alexander Kolde

Wir freuen uns über die Stiftung eines Gemäldes von Alexander Kolde, welches wir jetzt aus Hamburg abholen durften.

Das Gemälde hat selbstverständlich sofort **einen schönen Platz in unserer Dauerausstellung gefunden.**

Das Westpreußische Landesmuseum bedankt sich herzlich bei Berta Alexandrowna Kolde und Katharina Kolde für die großzügige Stiftung.



Eisenbahnbrücke bei Dirschau, Öl, 1959
Alexander Kolde (Neuhaldensleben 1886 – 1963 Flensburg)



03) Deutsche Minderheit in Slowenien: VLÖ weist die jüngsten Äußerungen des slowenischen Außenministers Cerar zurück

Die offizielle Anerkennung der deutschen altösterreichischen Minderheit in Slowenien ist für den VLÖ unumgänglich

„Natürlich können wir solche Aussagen nicht unkommentiert stehen lassen“, sind sich die Verbandsvertreter des VLÖ, allen voran **VLÖ-Präsident Dipl.-Ing. Rudolf Reimann** und VLÖ-Generalsekretär **Ing. Norbert Kapeller** einig und weisen die jüngsten Äußerungen des slowenischen Außenministers **Miro Cerar** zurück, wonach dieser am Wochenende das „Nein“ Sloweniens zur Anerkennung der „deutschsprachigen Minderheit“ bekräftigte und es dafür auch keine rechtliche Grundlage geben würde. [„Die Presse“ berichtete darüber in Ihrer Online-Ausgabe am Samstag.](#)

„Diese Aussagen des slowenischen Außenministers sind natürlich ein Schlag ins Gesicht für all jene, die sich ehrlich und interessiert für die Belange der deutschen altösterreichischen Volksgruppe in Slowenien einsetzen, deren langjährige Forderung im Sinne der offiziellen Anerkennung als autochthone Minderheit unterstützen und somit auch den nachhaltigen Fortbestand dieser sichern wollen“, fährt Generalsekretär Kapeller fort.

„Man fragt sich natürlich schon, was Außenminister Cerar mit seinen Worten bezwecken will, indem er sagt, dass Slowenien die deutsche Volksgruppe zwar in der Erhaltung der Identität unterstützen will, dieser aber gleichzeitig einen offiziellen Minderheitenstatus verwehren möchte“, ortet Kapeller Widersprüchlichkeit bei Außenminister Cerar und fragt sich darüber hinaus, wie man in Laibach die rechtlichen Grundlagen im Sinne der Anerkennung der deutschen Volksgruppe derartig negieren könne.

Die Aussage Cerars, dass es auch „keine Veranlassung dazu gebe, der ethnischen Gruppe einen Sonderstatus zu verleihen“, lässt die VLÖ-Verantwortlichen ebenfalls irritiert zurück. „Die deutsche altösterreichische Volksgruppe in Slowenien will keinen ‚Sonderstatus‘, sondern bloß die gleiche Form der offiziellen Anerkennung, wie sie auch die Italiener und die Ungarn in Slowenien genießen - nicht mehr und nicht weniger“, so Kapeller weiter.

„Dies dürfte doch eigentlich für ein Land, das seit 2004 in der EU ist, Ende 2018 kein Problem mehr sein und Slowenien sollte gerade in diesem Bereich seinen eigenen ehrlichen - und von Ressentiments befreiten - Teil zu einem Europa der Menschenrechte, der kulturellen Identität und sprachlichen Vielfalt beitragen“, so der VLÖ-Generalsekretär abschließend.

Rückfragehinweis:

Ing. Norbert KAPELLER, Generalsekretär

Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)

Haus der Heimat, Steingasse 25, A-1030 Wien

T: + 43/(0)1/7185905-30, F: + 43/(0)1/7185905-20, M: + 43/(0)664/3520305

E: norbert.kapeller@vloe.at ; W: www.vloe.at

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich

Wien, am 03. Dezember 2018



04) Kurzaustauschprogramm nach Rumänien - Sommer 2019

Liebe Freunde der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft,

gerne leiten wir die Nachricht bzgl. eines Kurzaustauschprogramms nach Rumänien in Sommer 2019 weiter.

*Dr. Raluca M. Fritsch
DRG- Vorstandsmitglied
www.deruge.org*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die gemeinnützige Organisation Youth For Understanding (YFU) bietet im Sommer 2019 ein Kurzaustauschprogramm nach Rumänien an. Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren haben die Möglichkeit, fünf Wochen lang in einer rumänischen Gastfamilie zu leben und so einen Einblick in den Alltag und die Kultur des Landes zu bekommen.

Organisiert wird der Kurzaustausch von der gemeinnützigen Austauschorganisation Youth For Understanding (YFU), die sich seit 60 Jahren für interkulturelle Bildung einsetzt und mit den Programmen keine finanziellen Gewinne erzielt. Bewerbungsschluss für das Rumänien-Programm ist der 1. Februar 2019.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Informationen an Interessierte in Ihrem Netzwerk weiterleiten würden. Weitere Informationen sowie die Bewerbungsunterlagen finden Sie auch unter www.yfu.de/summer-weeks-rumaenien. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Herzliche Grüße
Miriam Lamm

-
In der Welt zu Hause
Im Austauschjahr eins von 40 Ländern weltweit entdecken!

Miriam Lamm
Marketing & PR

Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V. (YFU)
Internationaler Jugendaustausch

Oberaltenallee 6
22081 Hamburg

Tel: (040) 22 70 02 -721
Fax: (040) 22 70 02 -27
E-Mail: presse@yfu.de

